



Protokollauszug zum AUSSCHUSS FÜR MOBILITÄT, TECHNIK UND UMWELT

am Donnerstag, 25.03.2021, 17:00 Uhr, Online-Sitzung

ÖFFENTLICH

TOP 1

Mobilitätskonzept Hochschulcampus

Vorl.Nr. 057/21

Abstimmungsergebnis:

Kenntnisnahme

Beratungsverlauf:

BM **Ilk** eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden. Die Sitzung findet in einem Onlineformat als Videositzung statt. Hierzu ist im Vorfeld an die Stadträte, die Presse und die beteiligten Verwaltungsmitarbeiterinnen und Mitarbeiter ein Link verschickt worden. BM Ilk prüft die Anwesenheit der Ausschussmitglieder. Für die Bürgerschaft findet eine Übertragung in den kleinen Saal des Kulturzentrums statt.

Anhand von Präsentationen (vgl. Anlage zum Protokoll) stellen der Leiter des Fachbereichs Nachhaltige Mobilität und Dipl.-Ing **Wolfgang Nickel** (PGN Mobilität und Verkehr) der Leiter des Fachbereichs Nachhaltige Mobilität das Mobilitätskonzept vor und beantworten Rückfragen des Gremiums.

Stadträtin **Dr. Knoß** weist darauf hin, dass auf dem Schotterparkplatz nicht nur Studenten parken, sondern dieser auch als P+R Parkplatz genutzt werde. Dies könne man auch daran ablesen, dass dieser ab ca. 7 Uhr voll belegt sei. Für ein Mobilitätskonzept benötige man überdachte, sichere Abstellplätze für Fahrräder, sowie eine Ladeinfrastruktur.

Wichtig sei die Anwohnerbeteiligung. Auch müsse man im Blick behalten, ob die Studenten der Hochschule für öffentliche Verwaltung künftig zwischen der Außenstelle „Rofa“ und der Reuteallee pendeln müssen.

Bereits derzeit gebe es einen Verdrängungsparkverkehr in die Wohngebiete, teilt Stadträtin **Seyfang** mit. Die Stadt müsse sich hierzu etwas überlegen und der Stadteilausschuss müsse zeitnah eingebunden werden, nicht erst mit Beginn der Parkraumbewirtschaftung 2025.

Stadtrat **Rothacker** erkundigt sich nach der prognostizierten Anzahl an Studenten. Aufgrund des hohen Wohnungspreises glaube er nicht, dass weitere Studenten nach Ludwigsburg ziehen werden, es sei denn, es werden weitere Studentenwohnheime gebaut.

Stadträtin **Liepins** führt aus, das Mobilitätskonzept höre sich gut an, viel getan habe sich allerdings nicht. Der Viertelstunden-Takt der S-Bahn sei gut. Während der Semesterferien seien ausreichend Parkplätze vorhanden.

Die Preisgestaltung des VVS-Tickets sei nicht gut, teilt Stadträtin **Knecht** mit. Das Semesterticket zwischen den Verbänden sollte aus ihrer Sicht billiger werden. Über eine mögliche Quartiersgarage müsse gesprochen werden. Auch sei es möglich preisgünstigen Wohnraum auf solchen Parkhäusern anzubieten.

Aus Sicht von Stadtrat **Müller** müsse auf einen Pendelverkehr zwischen der Hochschule für Öffentliche Verwaltung und dem Standort Rofa nach Möglichkeit verzichtet werden.

Es sei gut, dass ein Mobilitätskonzept vorhanden sei, dies sei jedoch nur Teil der Lösung, teilt Stadtrat **Bauer** mit. So sei z.B. eine innovative Ampelschaltung am Café Mohrenköpfe notwendig.

Stadträtin **Gericke** führt aus, einen verbundübergreifenden BW-Tarif gebe es bereits. Sie erläutert das künftig vorgesehene 1,2,3 Ticket-System von Stadt, Region und Land.

Frau **Bosch** (Vermögen und Bau) informiert, es sei kein Pendelverkehr zwischen der Hochschule für Öffentliche Verwaltung und dem Standort Rofa vorgesehen. Es bewege sich immer der ganze Studiengang dorthin.

Hinsichtlich des Zeitraums für die Parkraumbewirtschaftung sei man offen, dies müsse zusammen mit dem Anwohnerparken durchgeführt werden.

Herr **Nickel** erläutert, pro 100 Studierende benötige man derzeit 8 bis 10 Stellplätze. Für 2025 rechne man vorsichtig mit 6,5 Stellplätzen.

Auf Frage von Stadträtin Liepins teilt er mit, zielgerichtete Parkplatzreservierungen, z.B. für Fahrgemeinschaften, seien sinnvoll.

Der Leiter des Fachbereichs Nachhaltige Mobilität teilt mit, es sei klar, dass der Stadtteilausschuss von Anfang an, zeitnah mitgenommen werde. Das Format sei noch nicht geklärt. Die Anregung von Stadtrat Bauer bezüglich der Ampel am Café Mohrenköpfe nehme er gerne mit.

Nach der aufgezeigten Berechnung würden die Stellplätze aufgrund der Parkraumbewirtschaftung des Landes ausreichen, teilt Stadtrat **Herrmann**. Er erkundigt sich, ob die Stellplätze rechnerisch auch ohne Parkraumbewirtschaftung ausreichen würden.

Stadträtin **Knecht** regt ein modulares Bauen über Studentenparkplätzen an.

Erst in 5 Jahren soll mit der Parkraumbewirtschaftung durch das Land begonnen werden, teilt Stadträtin **Liepins** mit. Für sie stelle sich die Frage weshalb dies notwendig sei, wenn doch die Parkplätze lt. Berechnung ausreichen, auch stelle sich für Sie die Frage weshalb dies heute so sehr diskutiert werde.

Herr **Nickel** weist darauf hin, dass es sich um ein Berechnungsmodell handle. Ohne Parkraumbewirtschaftung wäre es möglich, den vorhandenen Verkehr bis ins Jahr 2023 aufzunehmen. 2023 müsse evaluiert werden. Studierende hätten weitere Wege, weil zu wenige Wohnungen vorhanden seien. Zusätzlich würden aber auch weitere Strecken durch Pedelecs zurückgelegt. Es gäbe bereits reservierte Parkplätze für Fahrgemeinschaften. Dies werde weiter ausgebaut.

BMin **Schwarz** teilt abschließend mit, das Mobilitätskonzept werde Teil des Bebauungsplans. Im nächsten Schritt werde der Rahmenplan zum Hochschulcampus festgelegt.

Beschluss:

Der Ausschuss für Mobilität, Technik und Umwelt beschließt die Planung und die Umsetzung der vorgestellten Maßnahme für Robert-Franck-Allee und Aldinger Straße. Der Beschluss steht unter dem Vorbehalt der Förderzusage.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 12 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Beratungsverlauf:

Anhand einer Präsentation (vgl. Anlage zum Protokoll) erläutern der Leiter des Fachbereichs Nachhaltige Mobilität und die Leiterin des Fachbereichs Tiefbau und Grünflächen den Sachverhalt.

Aus Sicht von Stadtrat **Handel** diene der vorgestellt „große Wurf“ der Stärkung der Fahrradachse. „Knifflig“ sei die Radwegführung bei den Tennisplätzen. Evtl. könne der Radweg hinter den Parkplätzen vorbeigeführt werden. Dies solle nochmals intern beraten werden und bei der Ausführungsplanung Berücksichtigung finden.

Die ca. 15 vorhandenen Parkplätze bei den Tennisplätzen seien stark frequentiert, so Stadtrat **Klotz**. Aktuell seien 30 bis 40 Stellplätze notwendig. Die Tennisspieler hätten teils weite Anreisen.

Auch Stadtrat **Rothacker** hält die Parkplatzsituation beim Tennisclub für problematisch. Er weist darauf hin, dass es sich bei den in Aussicht gestellten Fördermitteln ebenfalls um Steuermittel handelt.

Insgesamt handle es sich nach Ansicht von Stadtrat **Maier** um eine gute Lösung. Auf den vorgestellten Folien sei allerdings wenig zu erkennen. Er bittet künftig um bessere Planunterlagen.

Stadträtin **Knecht** freue sich über die Planung. Dennoch stellen sich ihr einige Fragen. Wie ist der künftige Verkehrsfluss? Wie kommen Schülerinnen und Schüler auf dem Heimweg über die Robert-Frank-Allee? Gibt es für den Tennisclub Alternativen zum Parken? Ist künftig aufgrund der Leitungen evtl. eine doppelte Allee wieder möglich?

Herr **Behnsen** (FB Nachhaltige Mobilität) erläutert, es werde der Straßenregelquerschnitt von 6,5 m hergestellt. Derzeit sei eine Überbreite vorhanden. Evtl. seien Optimierungsmöglichkeiten bei den Tennisclubparkplätzen vorhanden, z.B. durch Lampenverlegung. Die Eugenstraße werde nicht zur Einbahnstraße. Es gebe künftig keine Linksabbiegespur.

Die Leiterin des Fachbereichs Tiefbau und Grünflächen ergänzt, derzeit befinde man sich in der Entwurfsplanung, das Thema doppelte Baumallee habe man auf dem Schirm und werde für die Ausführungsplanung geprüft.

Nach der Aussprache fasst BM **Ilk** zusammen, grundsätzlich stünden der Planung alle positiv gegenüber. Hauptknackpunkt sei das Tennisgelände. Hier müsse man den Tennisclub miteinbinden. Die Fläche müsse man sich nochmals anschauen. Klar sei aber auch, dass keine 30 zusätzlichen Parkplätze geschaffen werden können. Man befinde sich im Entwurfsstadium. Probleme seien erkannt. Grundsätzlich könne man die Bauzeit auch verschieben. Man sammle die in der Diskussion entstehende Argumente und komme wieder in den MTU.

Aus Sicht von Stadträtin **Dr. Knoß** gehe es bei der Parkproblematik am Tennisgelände hauptsächlich um große Turniere. Für sie stelle sich die Frage, weshalb zu diesen Anlässen nicht woanders geparkt werden könnte.

Im Anschluss lässt BM **Ilk** über die Vorlage Nr. 063/21 Beschluss fassen.

TOP 3

**Umsetzung SUMP (Sustainable Urban Mobility Plan)
- Nachhaltiger Mobilitäts- und
Verkehrsentwicklungsplan**

Vorl.Nr. 017/21

Beschluss:

Der Ausschuss nimmt die Informationen über die Bearbeitung des SUMP als Weiterentwicklung des Masterplans 08 (MP 08) zustimmend zu Kenntnis. Die Verwaltung wird innerhalb der gemäß § 9 I Nr.4 der Hauptsatzung der Stadt Ludwigsburg geltenden Wertgrenzen ermächtigt, die weiteren Maßnahmen zur Umsetzung des Projektes zu veranlassen. Der Ausschuss für Mobilität, Technik und Umwelt (MTU) wird laufend über den Fortschritt informiert.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 12 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Beratungsverlauf:

Anhand einer Präsentation (vgl. Anlage zum Protokoll) erläutert der Leiter des Fachbereichs Nachhaltige Mobilität den Sachverhalt.

BM **Ilk** eröffnet die Aussprache.

Die Menschen stehen im Mittelpunkt und sollen mitgenommen werden, merkt Stadträtin **Gericke** begeistert über das Projekt an. Es bestehe in der Bevölkerung ein großer Gesprächsbedarf zur Gestaltung des Mobilitätskonzeptes. Die Menschen sollen sich mit dem Konzept identifizieren können. Der ambitionierte Zeitplan, wie auch die Evaluation sei gut. Die Fördergelder sollen genutzt werden.

Stadtrat **Herrmann** signalisiert seine Zustimmung. Das Thema sei sehr abstrakt. Es komme auf die Details an. Der Fokus solle auf einer ausgeglichenen Entwicklung aller Verkehrsträger liegen, bei gleichzeitiger Verlagerung auf nachhaltige Verkehrsträger. Schadstoffarme Autos sehe er ebenso als nachhaltig. Die alleinige Reduzierung der Anzahl der Autos sei nicht der richtige Weg. Er geht auf die Berücksichtigung der Mobilitätsbedürfnisse ein und hofft auf Anreize und keinen Zwang. Eine inhaltliche Beratung werde nach der Vorstellung des beauftragten Büros erfolgen. Die Entscheidung falle dann im Gemeinderat.

Das Konzept sei grundsätzlich gut, vor allem durch den Ansatz der besseren Lebensqualität und der Menschen im Mittelpunkt, meint Stadtrat **Zeltwanger**. Er fordert ein Gesamtmobilitätskonzept mit der Verknüpfung verschiedener Mobilitätsarten. Zudem müsse der Innenstadthandel und die Einpendler beachtet werden und nicht die einzelnen Autos diskutiert werden. Ein Zwischenergebnis nach einem Jahr sei sinnvoll und Prioritäten müssen gesetzt werden. Die Erfolge der Maßnahmen solle konkret nachweisbar sein.

Stadtrat **Maier** wird ebenso zustimmen. Er freut sich auf konkrete Umsetzungsideen und eine ausgeglichene Entwicklung.

Stadträtin **Knecht** findet das Konzept ebenso gut. Die individuelle Mobilität bleibt der Schlüssel zur Teilhabe der Gesellschaft. Alle Verkehrsmittel müssen vernünftig und intelligent vernetzt werden. Interessante, attraktive Angebote und Alternativen seien wichtig. Zwang und einseitige Angebote lehne sie ab. Auch Einpendler und Arbeitgeber sollen eingebunden werden. Der Verkehr müsse fließen können, auch E-Autos bräuchten Fahrspuren und Parkplätze. Engstellen verursachen Stau. Mit einer fairen Abwägung im Sinne aller Beteiligten solle evaluiert werden.

Die Vergabe des beschränkten Raumes müsse gut durchdacht und Kriterien sowie Leitlinien erstellt werden, so Stadtrat **Müller**. Das Konzept sei hilfreich für die Abwägungsprozesse. Er werde der Vorlage daher gerne zustimmen.

Stadtrat **Rothacker** und Stadträtin **Liepins** kritisieren das Wortkürzel SUMP.

Hierzu habe sich die Verwaltung ebenso schon Gedanken gemacht, merkt BM **Ilk** an.

Bei der Bestandsaufnahme sollen die eingetretenen Änderungen durch Home-Office und Home-Schooling beachtet werden, merkt Stadtrat **Zeltwanger** an.

Der Leiter des Fachbereichs Nachhaltige Mobilität geht auf die offenen Fragen ein. Der Masterplan Mobilität werde überarbeitet und weiterentwickelt. Das Wortkürzel SUMP finde er auch nicht geeignet und solle nach Möglichkeit durch einen anderen Begriff ersetzt werden.

Nach dieser Aussprache lässt BM **Ilk** über die Vorlage Nr. 017/21 Beschluss fassen. Das Kürzel SUMP halte er ebenfalls für wenig aussagekräftig. Es gehe um die Weiterentwicklung des Masterplans. Er hoffe auf Vorschläge zur Bezeichnung aus der Mitte des Gremiums.

Abweichender Beschluss:

Die Laubsäcke werden so, wie bisher auch, weiterhin kostenlos zu Verfügung gestellt, damit die Anliegerinnen und Anlieger das Laub der Alleebäume darin sammeln können. Die Säcke werden von den Technischen Diensten der Stadt Ludwigsburg eingesammelt. Diese Regelung gilt so lange, bis gemeinsam mit der AVL eine weitergehende Lösung erarbeitet und umgesetzt werden kann.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 12 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Beratungsverlauf:

BM **Ilk** führt in das Thema ein. Er verweist auf die Vorlage 080/21 sowie auf die Anträge der CDU-Fraktion (Vorl. Nr. 434/20) und FDP-Fraktion (Vorl. Nr. 435/20).

Der Leiter der Technischen Dienste geht auf die Vorlage ein. Im konsumtiven Bereich mussten, aufgrund der Haushaltslage, Einsparungen vorgenommen werden. Die Laubsackaktion sei eine freiwillige und zusätzliche Leistung gegenüber dem Bürger. Im Verlauf des Herbstes habe es jedoch unterschiedliche Beschwerden und Meinungen gegeben. In Anlehnung an den CDU-Antrag habe man die Idee der Sammelstellen aufgenommen. Der Schwerpunkt werde entlang der Alleestraßen und Straßen mit hohem Baumbestand liegen. Mit der AVL werden weitere Gespräche geführt.

BM **Ilk** gibt den Antragstellern das Wort.

Stadtrat **Herrmann** räumt eine fehlerhafte Entscheidung im letzten Jahr ein und dankt für den Verwaltungsvorschlag. Er signalisiert seine Zustimmung.

Stadträtin **Knecht** dankt ebenso für die Vorlage. Langfristig sehe sie die Aufgabe bei der AVL und wünscht eine schnellere Umsetzung. 25 Sammelstellen sehe sie als zu wenig an. Weiter interessiert sie die Höhe der angefallenen Kosten für die nachgeholte Sammlung. Sie wünscht eine Abstimmung über den Antrag der FDP-Fraktion.

Bereits bei der Gemeinderatsklausur habe sie auf diese Problematik hingewiesen, so Stadträtin **Dr. Knoß**. Aus Sicherheitsgründen darf das Laub nicht liegen bleiben. Sie merkt an, dass im November die Leerungen zweiwöchentlich erfolgen. Weiter fragt sie nach den eingesparten Kosten im Vergleich zum bisherigen Verfahren und plädiert dieses vorerst beizubehalten. Die langfristige AVL Lösung solle gut ausgearbeitet werden. Die Anzahl der Sammelstellen sieht sie ebenso als zu wenig an. Sie befürchtet ebenso eine Ablagerung privater Abfälle. Zudem wünscht sie Auskunft zu den geplanten Sammelorten. In den Antrag der FDP-Fraktion solle aufgenommen werden, dass mit der AVL nach Lösungen gesucht werde.

Stadtrat **Rothacker** plädiert für das bisherige Vorgehen. Er war der Meinung, dass lediglich einmalig auf die Durchführung verzichtet werde.

Stadträtin **Liepins** geht auf die Diskussion in der Gemeinderatsklausur ein. Sie könne mit dem Verwaltungsvorschlag mitgehen und wünscht Angaben zu den Sammelorten. In den Alleenstraßen sei die Abholung sinnvoll. Das Laub von Einzelbäumen können die Bürger selbst entsorgen, meint sie.

Auf den Personaleinsatz geht Stadtrat **Müller** ein und wünscht Informationen zu den tatsächlichen Einsparungen.

Eine Zusammenlegung der Abholungen mit der AVL sei sinnvoll, so **BM III**. Eine Umsetzung in diesem Jahr sei bei der AVL nicht möglich. Klar sei aber auch, dass diese Sonderleitung für Ludwigsburg von der AVL der Stadt in Rechnung gestellt wird. Eine finanzielle Abwicklung über alle Müllgebührenzahler werde es nicht geben.

Der Leiter der Technischen Dienste geht auf die offenen Fragen ein. Externe Kosten seien im letzten Jahr in Höhe von 30.000, --Euro eingespart worden. Weiter geht er auf die Anzahl der Sammelstellen ein und merkt an, dass diese bei Bedarf aufgestockt werden können. Die Entwicklung des eigenen Kostenaufwandes könne noch nicht beziffert werden. Der Aufwand sei jährlich mehr geworden; aber auch die Missbrauchsquote. Die Anzahl der falschen Säcke liege bei 20 bis 30 Prozent und eine Kontrolle dieser sei nicht möglich. Eine wöchentliche Abfuhr durch die AVL sei sinnvoll. Jedoch müssen die Kosten beachtet werden.

Stadtrat **Herrmann** zeigt sich über die Diskussion positiv überrascht. Die einfachste Lösung sei daher aus seiner Sicht eine Zurückkehr zum bisherigen Verfahren. Eine Missbrauchsquote werde es weiterhin geben. Mit der AVL sollen Verhandlungen geführt werden.

Stadtrat **Zeltwanger** spricht die Sammelplätze an und befürchtet dort eine Müllansammlung. Die hohen Kosten fallen vor allem durch die falschen Säcke an.

Die Bürger sammeln ehrenamtlich das Laub der Alleen ein, merkt Stadträtin **Knecht** an. Weiter spricht sie die schwierige Kommunikation bei Änderungen an. Das bisherige System solle erstmal, bis das neue System mit der AVL eingeführt wird, beibehalten werden.

Die Bürger seien zum Einsammeln des Laubes auf den Gehwegen verpflichtet, fügt **BM III** hinzu.

Stadtrat **Herrmann** kann dem FDP-Antrag zustimmen und nimmt den Antrag der CDU-Fraktion zurück. Mit der AVL solle eine Lösung gesucht werden.

BM III stellt den Antrag der FDP-Fraktion mit den Ergänzungen, wie oben ausgeführt, zur Abstimmung. Hiermit zeigt sich das Gremium einig.

Durch den gefassten Beschluss können die Anträge Vorl. Nr. 434/20 und 435/20 als erledigt betrachtet werden.

TOP 4.1

**Einrichten von Sammelstellen für Laubsäcke
- Antrag der CDU-Fraktion vom 18.11.2020**

Vorl.Nr. 434/20

Beratungsverlauf:

Siehe Tagesordnungspunkt 4.

TOP 4.2

**Laubsäcke
- Antrag der FDP-Fraktion vom 18.11.2020**

Vorl.Nr. 435/20

Beratungsverlauf:

Siehe Tagesordnungspunkt 4.